

F R A N Z Ö S I S C H E R E P U B L I K
INTERPARLAMENTARISCHE FREUNDSCHAFTS- UND INTERNATIONALE
INFORMATIONSGRUPPEN



**STÄRKUNG DER INTERPARLAMENTARISCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN
FRANKREICH UND ÖSTERREICH, EINEM LAND IM ZENTRUM EUROPAS UND
SEINER GEOPOLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN**

**Bericht über die Reise der interparlamentarischen Freundschaftsgruppe
Frankreich-Österreich in Salzburg und Wien**

11. bis 15. September 2022

Eine Delegation der interparlamentarischen Freundschaftsgruppe Frankreich-Österreich unter der Leitung ihres Vorsitzenden, Herrn François Bonhomme sowie mit Frau Céline Boulay-Espéronnier und Frau Gisèle Jourda besuchte Salzburg und Wien von Sonntag, dem 11. bis Donnerstag, dem 15. September 2022.

Ziel der Reise war es, die interparlamentarischen Beziehungen zwischen dem Senat und dem österreichischen Parlament zu stärken und sich mit den verschiedenen institutionellen Akteuren in Österreich über die Berufsausbildung, die geopolitischen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine und über Energiefragen auszutauschen.

I. Die Stärkung der interparlamentarischen Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich

A – Interparlamentarische Gespräche im Parlament in Wien

Die Delegation wurde von Frau Korinna Schumann, Präsidentin des Bundesrates, zu einer Audienz empfangen.

Nach einem Hinweis auf den Besuch von Präsident Gérard Larcher zusammen mit einer Senatsdelegation in Wien im Jahr 2018 anlässlich der Konferenz der Parlamentspräsidenten der Europäischen Union (EU) betonte die Delegation die wichtige Rolle der zweiten Kammern - insbesondere ihre Aufgabe der Vertretung der Gebietskörperschaften in Frankreich - und der Bundesländer in Österreich.

Die Senatsdelegation äußerte den Wunsch, dass der interparlamentarische Austausch zwischen Frankreich und Österreich über Themen von gemeinsamem Interesse weiterentwickelt werden möge.



Die Delegation der Freundschaftsgruppe mit Frau Korinna Schumann

Die Delegation führte auch Gespräche mit Herrn Eduard Köck (ÖVP - Konservative), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates, und Mitgliedern des Ausschusses, insbesondere über die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Energieversorgung. Die Mitglieder des Bundesrates betonten die Bedeutung einer europäischen Lösung für den massiven Anstieg der Energiepreise, der für viele Wirtschaftssektoren schwer zu verkraften sei, und für die Energieunabhängigkeit der EU. Tatsächlich forderte der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer am 28. August eine europäische Schutzmaßnahme für Stromtarife.

Die Delegation wurde auch von Herrn Abgeordneten Christoph Matznetter (SPÖ - Sozialisten), Vorsitzender der gemeinsamen Freundschaftsgruppe Österreich-Frankreich der beiden Kammern des österreichischen Parlaments, empfangen. Der Austausch konzentrierte sich hauptsächlich auf die geopolitischen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine sowie auf die Entwicklung der

STÄRKUNG DER INTERPARLAMENTARISCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN FRANKREICH UND ÖSTERREICH

interparlamentarischen Beziehungen zwischen Frankreich und Österreich.

B – Gespräch mit der Landtagspräsidentin des Bundeslandes Salzburg

Um einen besseren Einblick in die föderale Organisation Österreichs und die Beziehungen zwischen Bund und Ländern zu erhalten, besuchte die Delegation Salzburg, wo sie mit Brigitta Pallauf (ÖVP), Präsidentin des Salzburger Landtags, zusammentraf. Nachdem die Delegation dem Land Salzburg für die Aufnahme französischer Patienten während der Covid-19-Krise¹ gedankt hatte, tauschte sie sich mit Frau Pallauf über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem deutschen Bundesland Bayern im Rahmen der Euroregion Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein sowie über die kulturelle Dynamik Salzburgs aus, wo jeden Sommer ein hochkarätiges Festival für Oper, Theater und klassische Musik stattfindet, das 1920 ins Leben gerufen wurde und jährlich 240.000 Besucher anzieht.

Bei diesem Gespräch konnte sich die Delegation außerdem ein Bild von den Stärken des Bundeslandes Salzburg im Energiebereich machen, insbesondere durch die Erzeugung von Wasserkraft in Salzburg, Kaprun und Rott-Freilassing. Als Pionier der Wasserkraft, dessen erstes Kraftwerk bereits 1884 eingeweiht wurde, erzeugt Österreich 45 TWh Wasserkraft, was 62,5 % der gesamten Die



Delegation der Freundschaftsgruppe mit Frau Brigitta Pallauf

Stromerzeugung des Landes² ausmacht. Im Rahmen der Maßnahmen zur Energieeinsparung hat die Stadt Salzburg wie die Stadt Wien unter

anderem beschlossen, die Straßenbeleuchtung zu reduzieren.

II. Berufsausbildung - eine österreichische Erfolgsstory

Die Delegation besuchte den größten Produktions- und Montagebetrieb der Firma Palfinger in Lengau, 30 km von Salzburg entfernt, die sich besonders für die Ausbildung engagiert.

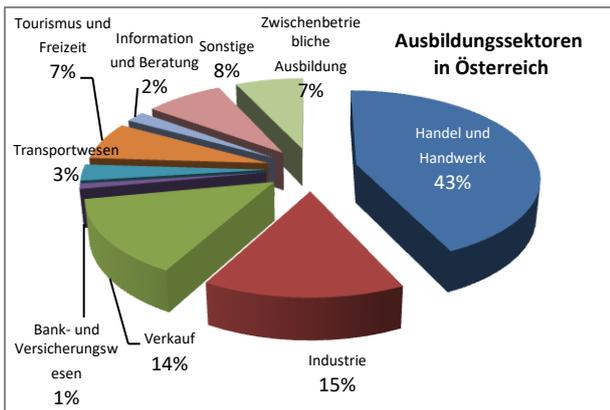
Als weltweit größter Hersteller und Anbieter von Kranen und Hebezeugen – das eine Produktionsstätte in Caussade (Tarn-et-Garonne) hat - verzeichnete Palfinger - im Jahr 2021, zum 90. Jahrestag seiner Gründung einen Umsatz von 2 Milliarden Euro. Am Standort Lengau sind 1.300 Menschen beschäftigt, darunter 150 Lehrlinge, die eine dreijährige Ausbildung absolvieren. Palfinger ist mit einem Mangel an Arbeitskräften konfrontiert und versucht daher, Lehrlinge anzuziehen und zu halten: Seit der Einführung 1992 dieser Art von Ausbildung im Unternehmen arbeiten über 90 % der ausgebildeten Lehrlinge immer noch im Unternehmen. Parallel zu ihrer Berufsausbildung können sie, soweit sie dies wünschen, auch das Abitur ablegen.

Die Delegation setzte ihre Gespräche zum Thema Lehrlingsausbildung in Wien bei der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) fort. Die duale Berufsausbildung (80 % praktische Ausbildung im Unternehmen, 20 % theoretische Ausbildung) ist in dreifacher Hinsicht von Vorteil: für den Auszubildenden, das Unternehmen und den Staat. Der Auszubildende erhält eine abgeschlossene Berufsausbildung, die ihm einen einfachen Zugang zum Arbeitsmarkt gewährleistet. Das Unternehmen kann kostengünstig auf hoch qualifiziertes Personal zurückgreifen, das bereits über Erfahrung im Unternehmen verfügt (keine Ausgaben für die Einstellung, garantierte Anpassung im Unternehmen, keine Schulung bei Arbeitsantritt usw.). Der Staat profitiert von den positiven wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser Art der Ausbildung: geringere Jugendarbeitslosigkeit, Deckung der Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften, ein Berufsbildungssystem, das sich selbst an die Bedürfnisse der Unternehmen anpasst, usw. Der Sektor mit den meisten Auszubildenden in Österreich ist der Handel und das Handwerk (43 % der Auszubildenden).

¹ N.B.: Die Durchführung der Gesundheitsversorgung, einschließlich der Krankenhausversorgung, fällt in Österreich in den Zuständigkeitsbereich der Bundesländer.

² Angaben von 2020.

STÄRKUNG DER INTERPARLAMENTARISCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN FRANKREICH UND ÖSTERREICH



Der Austausch von Auszubildenden zwischen Frankreich und Österreich könnte ausgebaut werden, wenn die Beherrschung der Sprache des Partners besser wäre: So kommen nur etwa zehn österreichische Auszubildende, um einen Teil ihrer Ausbildung in Frankreich zu absolvieren, während die Zahl der französischen Auszubildenden in Österreich noch geringer ist.

III. Österreichs Neutralität auf dem Prüfstand des Krieges in der Ukraine und der geopolitischen Herausforderungen der EU

Die Delegation konnte dieses Thema bei ihren Gesprächen im Parlament, aber auch in den Bundesministerien für Europäische und Internationale Angelegenheiten, Landverteidigung und Inneres ansprechen.

A – Die Verankerung des österreichischen Verfassungsprinzips der Neutralität

Österreich erklärte im Verfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 seine dauernde und immerwährende Neutralität. So ist die Neutralität eher ein konstituierendes Element der nationalen Identität Österreichs, das stark in der Mentalität verankert ist, als eine Frage der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Die Entsendung von Truppen ins Ausland kann nur im Rahmen von Missionen unter der Schirmherrschaft internationaler Organisationen und mit Zustimmung der Abgeordneten beschlossen werden.

Auch wenn der Kontext des Krieges in der Ukraine und die Entwicklung der schwedischen und finnischen Positionen eine Debatte über die Neutralität ausgelöst haben, befindet sich Österreich, umgeben von NATO-Mitgliedsstaaten, dennoch in einer ganz anderen geopolitischen Situation als Schweden und Finnland. Im Frühjahr 2022 befürworteten 75 % der Öffentlichkeit weiterhin die Neutralität.

Militärische Neutralität bedeutet jedoch nicht politische Neutralität. So bringt Österreich seine Unterstützung für die Ukraine und die Initiativen der EU gegenüber Russland klar zum Ausdruck, auch wenn es sich bei der Frage der Waffenlieferungen enthält. Stattdessen stellte es schussichere Westen und Helme zur Verfügung und ermöglicht den Transit von Ausrüstung über sein Hoheitsgebiet in die Ukraine.

B – Die Modalitäten des österreichischen Engagements im Verteidigungsbereich

Im Frühjahr 2022 beschloss Österreich die Erhöhung seines Militärhaushalts von 0,6 auf 1,5 % des BIP über einen Zeitraum von fünf Jahren. Österreich ist seit 1995 Mitglied der Partnerschaft für den Frieden und trägt zu friedenserhaltenden Maßnahmen und zur Ausbildung in verschiedenen Einsatzgebieten bei. Darüber hinaus trat Österreich am 15. Juli 2021 dem Europäischen Krisenreaktionskorps (Eurokorps) bei, ist an zwei NATO-Operationen (KFOR) beteiligt und nahm an der Operation RSM/Afghanistan (Ausbildung in der Terrorismusbekämpfung) teil. Im 1. Halbjahr 2022 übernahm Österreich das Kommando über die militärische Trainingsmission der EU in Mali. Auch wenn es sein Kontingent in diesem Land angesichts der jüngsten Entwicklungen reduziert hat, bleibt es dennoch dort engagiert.

C – Österreichs starke Unterstützung für die EU-Erweiterung auf den Westbalkan

Die Gesprächspartner der Delegation dankten Frankreich für die von Österreich sehr geschätzten Fortschritte, die während der französischen EU-Ratspräsidentschaft zugunsten des Westbalkans und insbesondere Nordmazedoniens erzielt wurden.

Österreich wünscht sich, dass Bosnien und Herzegowina bis Ende 2022 den Kandidatenstatus erlangen kann. Es unterstützt den EU-Beitritt der Länder des Westbalkans nachdrücklich, da es der Ansicht ist, dass dies für Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung in der Region sorgen werde. Es sei seiner Ansicht nach notwendig, diesen Ländern schnell eine Beitrittsperspektive zu geben, um kein Vakuum zu hinterlassen, das von anderen Akteuren gefüllt wird.

D – Flexible Solidarität und Schutz der Außengrenzen: Österreichs Prioritäten bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung

Die sehr enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Österreich bei der Steuerung der Migration und des Funktionierens des Schengener Abkommens wurde begrüßt. Die Gesprächspartner der Delegation im österreichischen

STÄRKUNG DER INTERPARLAMENTARISCHEN BEZIEHUNGEN ZWISCHEN FRANKREICH UND ÖSTERREICH

Bundesministerium für Inneres dankten Frankreich außerdem für die Fortschritte, die im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft bei der Reform des Schengen-Raums, der Eurodac-Verordnung (Asylanträge) und der Screening-Verordnung (Filterung an den Außengrenzen) sowie bei den Maßnahmen zum Schutz der EU-Außengrenzen erzielt worden seien.

Sie betonten auch die Bedeutung einer gemeinsamen Politik in Europa angesichts des Migrationsdrucks, dem Österreich stark ausgesetzt sei. Tatsächlich erhielt es allein im Juli 2022 fast 11.000 Asylanträge (bei einer Einwohnerzahl von 9 Millionen). Seit 2015 habe es über 250.000 dieser Anträge erhalten, das sind mehr als die Einwohnerzahl der zweitgrößten Stadt des Landes, Graz. So verteidigt Österreich das Konzept einer „flexiblen Solidarität“ und räumt dem Schutz der EU-Außengrenzen Vorrang ein, wobei es auf weitere Fortschritte hofft.

Im Anschluss an die Wiener Erklärung vom 23. Juli 2020 wurde zwischen Österreich, Deutschland, Dänemark, Griechenland, der Schweiz, dem Salzburg Forum und den westlichen Balkanstaaten unter Beteiligung der Europäischen Kommission, Frontex, Europol und dem UNHCR eine „joint cooperation platform“ mit Sekretariat in Wien eingerichtet, um die illegale Einwanderung auf der Route östliches Mittelmeer/Westbalkanstaaten einzudämmen.

IV. Ehrgeizige Ziele für die ökologische Wende

Bei ihren Gesprächen im Parlament und im Bundesministerium für Umwelt konnte sich die Delegation einen Überblick über Österreichs Engagement für die ökologische Wende verschaffen. Österreich verfolgt in dieser Hinsicht ehrgeizige Ziele: Reduzierung der Treibhausgase um mindestens 55 % bis 2030, 100 % erneuerbare Elektrizität bis 2030 und Klimaneutralität ab 2040. Das österreichische nationale Konjunkturpaket widmet 46 % seiner 3,5 Milliarden Finanzmittel diesen Zielen.

Das im Mai 2022 in Kraft getretene Gesetz über erneuerbare Energien soll fossilen Brennstoffen Einhalt gebieten und die Unabhängigkeit Österreichs im Energiebereich stärken.

Als entschiedener Gegner der Kernenergie, die es als teuer und riskant betrachtet, hat Österreich gemeinsam mit Luxemburg eine Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingereicht, um den Platz der Kernenergie in der europäischen Taxonomie der grünen Energie anzufechten.

Im Anschluss an ihre Reise lud die Delegation eine Delegation der Freundschaftsgruppe Österreich-Frankreich des österreichischen Parlaments zu einem Besuch in Frankreich im Jahr 2023 ein, um einen regelmäßigen interparlamentarischen Austausch zu Themen von gemeinsamem Interesse einzurichten.

Zusammensetzung der Delegation



Herr François BONHOMME
Vorsitzender der Freundschaftsgruppe
Senator des Departements Tarn-et-Garonne
(Les Républicains)



Frau Céline BOULAY-ESPÉRONNIER
Mitglied der Freundschaftsgruppe
Senatorin von Paris
(Les Républicains)



Frau Gisèle JOURDA
Mitglied der Freundschaftsgruppe
Senatorin des Departements Aude
(Socialiste, écologiste et républicain)

Zusammensetzung der Freundschaftsgruppe: http://www.senat.fr/groupe-interparlementaire-amitie/ami_579.html